



Qualität für Menschen



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Die Präsidentin des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16 WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/3746

A19, A01

Köln/Münster, 15.04.2016

„Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW“.

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen;

hier: Traumatisierte und Flüchtlinge mit Beeinträchtigungen angemessen versorgen
(S. 6 und 7);

Anhörung des Integrationsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 27. April 2016

Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

das LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen sowie die LWL-Abteilung für Krankenhäuser und Gesundheitswesen für den LWL-Psychiatrie-Verbund Westfalen - Lippe begrüßen die Initiative zur Entwicklung eines Integrationsplans für Flüchtlinge in NRW und bedanken sich für die Gelegenheit, zu dem Punkt „Traumatisierte und Flüchtlinge mit Beeinträchtigungen angemessen versorgen“ (S. 6 und 7) des Antrages Stellung nehmen zu können:

Viele Flüchtlinge haben traumatische Erfahrungen in Form von Gefangenschaft, Folter, Vergewaltigung oder Ermordungen erlebt, bevor sie ihr Land verließen. Im Exil sind sie den Belastungen einer unsicheren psychosozialen Situation ausgesetzt. Entsprechend erhöht ist in der Flüchtlingspopulation die Prävalenz für spezifische posttraumatische Symptome und andere psychische Störungen.

Voraussetzung für die Gewährleistung von bedürfnis- und bedarfsgerechten Hilfen und Behandlungsangeboten für Flüchtlinge ist die Förderung der Kultursensibilität in den medizinischen und psychosozialen Einrichtungen und Diensten. Die Arbeit mit psychisch erkrankten Flüchtlingen verlangt von Beschäftigten in den Gesundheitsdiensten die Bildung einer interkulturellen Kompetenz, die durch entsprechende Angebote in der Aus-, Fort- und Weiterbildung geschult werden muss.

Bei der psychosozialen Versorgung von psychisch kranken Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen stellt die Sprachbarriere in der Regel die größte Herausforderung für eine psychiatrische, psychosomatische und psychotherapeutische Versorgung dieser Patien-

tengruppe dar. Einerseits erschweren sprachliche Barrieren psychisch kranken Migrantinnen und Migranten, insbesondere den Flüchtlingen, den Zugang zu Einrichtungen der medizinischen Versorgung. Andererseits können Verständigungsprobleme und soziokulturelle Missverständnisse im psychiatrischen bzw. psychotherapeutischen Kontext zu Fehldiagnosen und nicht angemessener Behandlung führen.

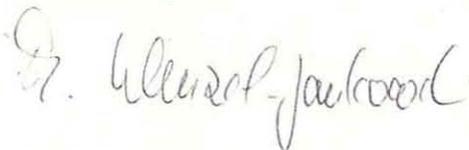
Durch die Hinzuziehung von Sprach- und Integrationsmittlerinnen bzw. -mittlern (SIM) in einem psychiatrischen bzw. psychotherapeutischen Behandlungskontext besteht die Möglichkeit, sprachliche bzw. soziokulturelle Barrieren effektiv und professionell zu überwinden. Die Ausbildung zur SIM findet überwiegend nach bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards statt. Neben Fachwissen über das deutsche Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen verfügen diese daher über medizinische, psychosoziale und rechtliche Kenntnisse.

Die SIM sind aufgrund ihrer Qualifikation in der Lage, Fachkräfte im Gesundheitswesen zum einen durch die Sicherstellung einer sprachlichen Verständigung, zum anderen durch soziokulturelles Vermitteln zu unterstützen. Sie vermitteln nach Bedarf soziokulturelle Informationen und Deutungsmuster sowohl an Patientinnen bzw. Patienten wie auch an die Fachkräfte. Mit ihrer Tätigkeit tragen Sprach- und Integrationsmittlerinnen bzw. -mittler zum Aufbau von Sicherheit und Vertrauen in der Behandlung psychisch kranker Migrantinnen und Migranten bei.

Bislang gibt es keine Finanzierung des Einsatzes von SIM in der medizinischen und psychosozialen Versorgung.

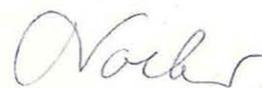
Die beiden Landschaftsverbände fordern, in Übereinstimmung mit der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) in ihrer Presseerklärung zur „Psychosozialen Versorgung von Flüchtlinge“ vom 23.03.2016, den regelhaften Einsatz und die Finanzierung von Sprach- und Kulturmittlern zu gewährleisten, um so die sprach- und kulturgebundenen Zugangsbarrieren zu senken.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Martina Wenzel-Jankowski
LVR-Dezernentin

In Vertretung



Prof. Dr. Meinolf Noeker
LWL-Dezernent